

Präsidentenwahlkampf 2012 in Frankreich

Schulpolitik: Eine beschränkte Debatte trotz Reformwillens

von Charlotte Habertstroh

Die Kampagne der französischen Präsidentenwahl 2012 ist von Auseinandersetzungen über öffentliche Finanzen und Reformvorschlägen für ein neues französisches Wirtschaftswachstum geprägt. Beide Aspekte legen eine Debatte um die „Ecole de la République“ nahe: Wie sparen wir am besten an öffentlichen Ausgaben und investieren gleichzeitig in die Zukunft? Diese Frage stellen sich vor allem der konservative Amtsinhaber Nicolas Sarkozy und der Sozialist François Hollande, die als Favoriten für den zweiten Wahlgang gelten. Andere Kandidaten wie François Bayrou, Eva Joly und Dominique de Villepin sprechen zwar ebenfalls Strukturreformen der Schule in ihren Wahlprogrammen an, doch werden ihre Vorschläge kaum in der öffentlichen Debatte aufgegriffen. Trotz eines Reformwillens, der die Fundamente des französischen Schulsystems in Frage stellt, beschränkt sich die Diskussion inzwischen fast ausschließlich auf eine Auseinandersetzung über Kürzung und Besoldung von Lehrerstellen.

Humankapital als öffentliche Investition in Zeiten der Schuldenkrise

Im Vergleich zum Wahlkampf 2007 lässt sich eine Verschiebung des allgemeinen Interesses von der höheren Sekundarbildung (lycée) und Hochschulbildung hin zur Frage der frühkindlichen Bildung, der Grundschule und der Sekundarstufe I (*collège unique*) feststellen. Als Gründe dafür sind die steigende Jugendarbeitslosigkeit und sich verschlechternde PISA-Ergebnisse zu nennen.

Welche Schule fördert Arbeitsmarkteingliederung?

Die Sekundarstufe I ist ein politisch vergessener Teil des Bildungssystems, der seit seiner Entstehung im Jahr 1975 keine grundlegende strukturelle Reform erfahren hat. Es gilt als erwiesen, dass sich die Länder, in denen lange gemeinsam gelernt wird, gegenüber gegliederten Schulsystemen durch weniger Bildungsungleichheiten auszeichnen. Dennoch zeigen Studien zu Bildungsgleichheit und PISA-Daten, dass in Frankreich der Bildungserfolg besonders stark von der sozialen Herkunft abhängt. So ist es in Frankreich schwierig, eine „Strukturdebatte“ zu führen, in der längeres gemeinsames Lernen mit Bildungsgleichheit gleichgesetzt werden könnte. Die UMP wehrt sich gegen die „Gleichmacherei“ des *collège unique* (Gesamtschule) und stellt

diesem einen *collège pour chacun* (Schule für jeden Einzelnen) entgegen. Diese Alternative, von den Zentristen Bayrou und de Villepin unterstützt, sieht vor, dass sich Jugendliche nach zwei Jahren gemeinsamer Sekundarstufe beruflich orientieren und zwischen einem allgemeinbildenden Zweig und einer Vorbereitung zur Ausbildung entscheiden sollen. Erstaunlicherweise argumentiert die Opposition nicht vehement gegen einen solchen Bruch mit dem Gesamtschulprinzip. Das Team Hollande setzt sich zwar weiterhin für den *collège unique* ein, fordert jedoch vor allem einen Ausbau der frühkindlichen Bildung und Grundschulzeit, um Ungleichheiten früher zu bekämpfen. Eine Umsetzung reformierter Bildungspläne, einen erweiterten Zugang zu frühkindlicher Bildung und eine bessere Verteilung der Wochenstundenzahl über das Jahr möchte er mit mehr Personal an den Schulen erreichen. Statt Berufsorientierung geht es für die PS also um das frühe richtige Erlernen von Lese-, Schreib- und Rechenfähigkeiten. Auch Eva Joly, Kandidatin der Grünen, setzt auf Elementarbildung und möchte diese verlängern. Die Kandidaten konzentrieren sich also in ihren Forderungen auf sehr unterschiedliche Bildungsphasen, was dem Entstehen einer Strukturdebatte nicht förderlich ist.

Effizienz des Systems, Schulautonomie: ein neues Verhältnis zu Lehrern?

Die Rolle des Staates ist aus der französischen Schulpolitik nicht wegzudenken. Bei schwachem Output wird daher auch die Effizienz eines von einer zentralen Bürokratie abhängigen Schulsystems in Frage gestellt. Der Entbürokratisierungsprozess der letzten Jahre verhalf den sogenannten *académies*, dem Ministerium untergestellte regionale Verwaltungen, zu mehr Eigenständigkeit in der Schulplanung ihrer Region. Sarkozys neue Vorschläge wollen diesen Weg fortsetzen. Vor allem Schulleiter sollen mehr Entscheidungsmacht bekommen, Lehrerstellen besetzen und Lehrer evaluieren. Eltern kommt die Hauptrolle der Erziehung ihrer Kinder zu. Hollande dagegen möchte die pädagogische Verantwortung der Lehrer in den Vordergrund stellen. Mit einem „Pakt“, der ihnen ein neues Verhältnis zum Staat verspricht, wendet der Kandidat sich direkt an die Lehrer. Ihre Rolle als Pädagogen und Begleiter soll innerhalb der Schule gestärkt werden.

Wie die Jagd auf Lehrerstimmen die Schulpolitik steuert

Nicht nur neue strukturelle Vorschläge, sondern auch die Politik der letzten zwei Regierungsperioden werden von der derzeitigen Opposition kaum beachtet. Die PS geht nicht auf die negative Berichterstattung zur Reform der „*carte scolaire*“, sowie zum „*socle commun des compétences et connaissances*“¹ ein,

¹ Die „*carte scolaire*“ regelt das Einzugsgebiet von Schulen, welches während Nicolas Sarkozys letztem Mandat flexibilisiert wurde: Anfragen der Eltern, eine andere Schule als die des Einzugsgebietes zu wählen, können so besser berücksichtigt werden. Der „*socle commun des connaissances et des compétences*“, eine Bildungsplanreform, wurde im Jahr 2005 eingeführt. Er besteht darin, die Fortschritte, die Schüler während der Schulzeit in Grundkompetenzen,

letzterer wird sogar begrüßt. Strukturfragen werden von der PS wenig kommentiert, solange es nicht um Lehrer geht.

Die magische Zahl

In der Tat bemängelt Hollande die Reform der Lehrerausbildung und die drastische Postenkürzungen: Zum Schulanfang 2012 werden 14 000 Lehrstellen gekürzt. Er stellt dem zwei Maßnahmen entgegen:

- 60.000 neue Stellen sollen an Schulen entstehen;
- die pädagogischen Hochschulen müssen reformiert werden, um Lehrern vor ihrer Einstellung mehr Berufserfahrung mitzugeben.

Seiner letzten Wahlkampagne getreu schlägt hingegen Nicolas Sarkozy den Lehrern vor, mehr zu arbeiten um mehr zu verdienen, und hofft so, das Problem mangelnder Lehrerstellen zu umgehen. Es geht nicht darum, für Lehrer mehr Unterrichtsstunden vorzusehen, sondern auf Freiwilligenbasis mehr Zeit in der Schule zu verbringen, um die für eine Ganztagschule nötige außerunterrichtliche Begleitung trotz Stellenkürzungen zu gewährleisten. Bei 26 Stunden Präsenz in der Schule für 18 Stunden Unterricht entspräche dies einer Gehaltserhöhung von 25 Prozent. Diese Maßnahme stellte Sarkozy in seiner schulpolitischen Rede in Montpellier vor, in welcher er gleichzeitig den Bruch mit der Gesamtschule erklärte. In den Medien wurden die bezahlten Überstunden sehr ausführlich diskutiert und Hollandes Vorschlag der 60.000 neuen Stellen gegenübergestellt. Wer die richtigen Zahlen des Lehrer-Schüler-Verhältnisses nennt, gewinnt. Die Frage „wer lernt mit wem, was, und wo“ findet in diesem Wahlkampf jedoch kaum Beachtung.

Lehrer und Eltern im französischen Wahlkampf – Reformen für wen?

Diese Entwicklung hängt mit der Rolle der Lehrer in der Politik zusammen. Ein Großteil der Lehrer wählt in Frankreich traditionell links. Aktuelle Umfragen zur Präsidentschaftswahl bestätigen diesen Trend: Käme es im zweiten Wahlgang zu einer Konfrontation Sarkozy-Hollande, so würden 79 Prozent der Lehrer laut einer IFOP Umfrage (LeMonde 22.02.2012) letzterem ihre Stimme geben. Um auf diese Stimmen zählen zu können, muss die Politik der PS eine Linie verfolgen, welche die Interessen der Lehrer in den Mittelpunkt stellt. Bezüglich Fragen des Schulmanagements geht es also den Sozialisten vor allem um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ihrer Wählerschaft. Die UMP dagegen interessiert sich mehr für das Gewinnen von Eltern- als von Lehrerstimmen. Die Schule, so Sarkozy, gehört vor allen Dingen den Familien Frankreichs, die ihr ihre Kinder anvertrauen. Dies erklärt aber noch nicht den Fokus der Kampagne. Hinzu kommt vielmehr, dass in Frankreich Wahlentscheidungen stark von Berufsgruppen geprägt sind. So zielt Schulpolitik als Wahlkampfthema mehr auf Lehrerstimmen ab, statt eine allgemeine Diskussion zur Schulstruktur anzustoßen. Zusätzlich ist der Kontext

dieser Kampagne dafür verantwortlich, dass Schulpolitik aus der Perspektive von Finanzpolitik und Fragen der Zukunft öffentlicher Dienste bewertet wird. Das linke Spektrum stellt sich mit dem Vorschlag eines „*service public de la petite enfance*“ gegen die Flexibilisierung öffentlicher Ausgaben mit Reduzierung des Beamtenapparates. Das Verhältnis zwischen Lehrern und Staat rückt so automatisch in den Fokus schulpolitischer Debatten.

Konkrete, durchgreifende Reformen, die dem Bedürfnis einer neuen Schule genügen, scheinen in einem Land, in dem Schulpolitik auf nationaler Ebene stattfindet, grundsätzlich nur schwer umsetzbar. Die Parteitaktik des diesjährigen Wahlkampfes erschwert bildungspolitische Neuerungen mit der Kapazität, Kürzungen im Sozialstaat durch Bildungsaufstieg aufzufangen und effizienter in Humankapital zu investieren. Dagegen werden provokative Statements ohne erkennbare Logik kommuniziert, sodass Gegenkandidaten schnell mit Alternativvorschlägen reagieren müssen. Statt eine Debatte um die große Anzahl an Vorschlägen für tiefgreifende Schulreformen einzuleiten, beschränkt sich Schulpolitik im Wahlkampf auf eine Auseinandersetzung um Lehrerstellen und Beamtenbesoldung.

*Charlotte Haberstroh ist Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.
Übersetzung aus dem Französischen: Richard Probst.*